

Objektyp: **Advertising**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **40 (1993)**

Heft 10

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Michael Stürmer:
«Die Sicherheit
Europas ist heute
echt bedroht.»

FOTO: RM-INFO, PULLY

Gesellschaft für Aussenpolitik, Raymond Probst, der unter anderem darauf hinweist, dass die Neutralität der Schweiz in Zukunft nicht in der bisherigen Form aufrechterhalten werden könne. Der Vertreter des EDA, Botschafter Hoffmann, verfocht dabei die These, dass sich Neutralität und Öffnung der Schweiz miteinander vereinbaren lassen und beurteilt die Teilnahme unseres Landes an friedenserhaltenden Aktionen der Uno und der KSZE als neutralitätspolitisch unbedenklich und im nationalen Interesse der Schweiz liegend. Wie der Berichterstatter der Arbeitsgruppe II, Professor Spillmann (ETH Zürich), ausführte, waren sich die Teilnehmer dieser Gruppe einig, dass die Friedensförderung im Interesse unseres Landes liegt und die Teilnahme an Blauhelm-Aktionen eine sinnvolle Weiterentwicklung der immer weniger gefragten guten Dienste darstellt. Die zukünftigen Bedrohungen sind nach Ansicht von Spillmann immer mehr grenzüberschreitender Natur, weshalb sich die Schweiz im eigenen Interesse an den Integrationsbestrebungen beteiligen sollte.

Auch die Leiterin des Workshops zum Thema «Katastrophenhilfe», Christiane Langenberger (Präsidentin des Zivilschutzverbandes VD), unterstrich, dass sich Natur- und Zivilisationskatastrophen nicht an Landesgrenzen zu halten pflegen; internationale Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Kooperation sei deshalb gefragt. Zwar verfüge die Schweiz als Folge der Katastrophe von Tschernobyl über ein sehr gutes Alarmsystem, doch viele Vorkehrungen zur Katastrophenbewältigung existierten nach wie vor nur auf dem Papier und könnten aus Geldmangel nicht in grossen Übungen getestet werden. Langenberger befürchtet deshalb einen Verlust an wertvollem Know-how und kritisierte, dass die Erfahrungen des SKH aus Auslandseinsätzen von der Verwaltung zu-

wenig ausgeschöpft würden. Weiter fordert Langenberger eine Vereinheitlichung sowohl der Regeln als auch des Materials nicht nur zwischen den einzelnen Kantonen, sondern auch zwischen den verschiedenen Staaten. Zudem müsse die Zusammenarbeit zwischen der Feuerwehr und dem Zivilschutz vermehrt geschult werden. Zum Blauhelm-Referendum merkte sie maliziös an, dass eine Ablehnung der Vorlage die Isolation der Schweiz ad absurdum führen würde.

Interessiert sich das Ausland noch für unsere Neutralität?

Kurt Moser (Direktor des SHIV) forderte, dass die Aussenwirtschaftspolitik angesichts der grossen Exportabhängigkeit unseres Landes danach trachten sollte, den international tätigen Unternehmen politische Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Weiter wies Moser darauf hin, dass sich die heutige Lage der Schweiz nur durch wirtschaftliche Integration verbessern lasse. Da die Wirtschaft den Versorgungsauftrag effizient und kostengünstig erfüllen kann, soll sich der Staat nach Ansicht von Moser darauf beschränken, hier Rahmenbedingungen zu setzen und Schiedsrichter zu spielen. Die Berichterstatterin der Arbeitsgruppe V, Kantonsrätin Fierz (Zürich), wies darauf hin, dass Migrationsprobleme nur international gelöst werden könnten und dass die Entscheidungen eines Landes, wie die Reform des deutschen Asylrechts, auch andere Staaten beeinflussten (so durch einen höheren Zustrom von Asylanten in die Schweiz). Die Zunahme von Kriminalität und Migration zwingen nach Ansicht von Fierz zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Polizeibereich, wenn die innere Sicherheit aufrechterhalten werden soll. Allerdings ist die Schweiz hier isoliert, weil sie nicht Mit-

glied des Dubliner oder des Schengener Abkommens werden kann.

In der abschliessenden Diskussion wies Däniker darauf hin, dass die Konsequenzen der strategischen Wende noch nicht gänzlich ausgelotet worden seien. Die Schweiz sei zwar mit dem Sicherheitsbericht 90 vorangegangen, das Volk tue sich aber damit schwer, den Platz unseres Landes in einem veränderten Europa zu definieren. Weiter kritisierte Däniker die Haltung der Referenten, die wenigstens Teile der schweizerischen Neutralität bewahren wollten, als helvetozentrisch, denn im Ausland krähe kein Hahn mehr nach der Neutralität, und diese schütze uns auch nicht vor neuartigen Bedrohungen. Unser Land sei jedoch in einer bequemen Lage, weil es sich nicht sofort entscheiden müsse. Weil die herkömmliche Abschreckung nicht mehr funktioniert, ist nach Ansicht von Däniker der Übergang zu einer Projektion von Stabilität nötig. Das gilt natürlich nicht nur für die Schweiz, sondern auch für Westeuropa und die USA. Die Strategie der Zukunft muss deshalb umfassend sein und auch die Wirtschaft und die innere Sicherheit einschliessen; in dieser Beziehung befindet sich die Schweiz mit der Konzeption der Gesamtverteidigung auf dem richtigen Weg. ▣

**Inserate interessieren die
Behörde in Bund, Kantonen
und Gemeinden.**

ZIVILSCHUTZ